

Trichter statt Gießkanne!

Kein Elterngeld für Reiche“: So plakativ berichteten die Medien über die Entscheidung der Regierungskoalition, Müttern und Vätern, die dem Spitzensteuersatz unterliegen, kein Elterngeld mehr zu zahlen. Ich stehe ganz klar zu dieser Forderung – denn bei Dauerregen käme auch niemand auf die Idee, die Blumen zu gießen.

Hinter diesen plakativen Schlagzeilen steckt jedoch viel mehr als nur die Frage, ob man als Familie bei einem Jahreseinkommen von über 500 000 Euro kein Elterngeld mehr bekommen sollte. Hinter dieser Entscheidung steckt die einerseits simple, andererseits hochkomplexe Frage: Was ist eigentlich gerecht?

Das Elterngeld leidet an einem Geburtsfehler: Es ist nicht eindeutig klar, wer davon profitieren soll. Ist es eine Lohnersatzleistung, eine Unterstützung für bedürftige Eltern oder eine staatliche Leistung für alle Mütter und Väter, egal, wie viel sie verdienen? Alles zusammen, das zeigt sich in der Praxis, funktioniert nicht. Wer Leistungen mit der Gießkanne verteilt, mag im Idealfall allen ein bisschen gerecht werden, aber mit Sicherheit niemandem richtig.

Zunächst hatte das Familienministerium vorgeschlagen, das Elterngeld für alle von 67 auf 65 Prozent des Einkommens zu kürzen. Die Folge wäre gewesen, dass vor allem die kleinen Einkommen davon betroffen gewesen wären. Das ist nämlich auch eine Krux der Gießkannen-Methode: Wer pauschal verteilt,

„Wer familienpolitische Leistungen pauschal verteilt, wird mit Sicherheit niemandem richtig gerecht.“



Miriam Gruß ist stellvertretende Vorsitzende der FDP und familienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion.

muss auch pauschal kürzen.

Im Laufe der parlamentarischen Debatte haben wir verschiedene Vorschläge diskutiert: Elterngeld-Höchstsatz auf 1500 Euro senken oder es grundsätzlich nur als reine Lohnersatzleistung ausbezahlen. Diese Ansätze fanden allerdings keine Mehrheit.

Ich habe mich darüber hinaus dafür eingesetzt, dass Minijobbern und sogenannten Aufstockern weiterhin Elterngeld bezahlt und erst ab einem Nettoeinkommen von über 1200 Euro die Zahlungen um zwei Prozent gekürzt werden. Die Koalition hat dies so beschlossen.

Diese Entscheidungen sind der Beginn einer langfristigen Neuorientierung in der Familienpolitik: Wir starten damit den Auftakt zu einer passgenauen, individuellen und bedarfsgerechten Leistungsgewährung für Familien. Weg vom Gießkannen-Prinzip, hin zur Trichter-Methode: Nicht für alle ein bisschen, sondern für jeden das Richtige.

Wir werden alle 145 familienpolitischen Leistungen auf den Prüfstand stellen und im Anschluss eine Familienleistungsreform anstoßen. Damit Leistungen wirklich auch dort ankommen, wo sie benötigt werden.